

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Was weiß Helmut Kohl vom deutschen Sozialbudget, fragt nach den Kanzler-Äußerungen Rudolf Dreßler MdB.

Seite 1

Vor den drohenden Gefahren zunehmender Wetterextreme warnt Horst Kubatschka MdB.

Seite 2

Als ehrenrührig und böswillig bezeichnet der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Ulrich Klose die Äußerungen des Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, bei der Tagung von IWF und Weltbank in Madrid.

Seite 3

49. Jahrgang / 196

12. Oktober 1994

Kohl ringt mit dem Sozialbudget

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Kohl hat zum wiederholten Male und nun im Zweiten Deutschen Fernsehen so getan, als handele es sich beim Sozialbudget unseres Landes um einen Swimming pool, in dem eine Billion Mark herumschwappt, und aus dem sich jeder nach Belieben Geld herausfischen kann. Diese Vorstellung ist ebenso absurd wie die Kennzeichnung unseres Landes als "Freizeitpark".

Tatsächlich beträgt das Sozialbudget nicht eine Billion, also 1.000 Milliarden Mark, sondern 1993 rund 927 Milliarden Mark. Wenn Finanzminister Waigel Mittel in der von Kohl vernachlässigten Größenordnung zusätzlich hätte, wäre er seine Sorgen gegenwärtig weitgehend los.

Das Sozialbudget ist auch kein Selbstbedienungsladen. Darin steckten 1993 fast 600 Milliarden Mark an Sozialbeiträgen der Versicherten und 289 Milliarden aus Zuweisungen der öffentlichen Hände. Die Sozialhilfe, die der Bundeskanzler fortwährend als Einsparpotential darstellt, macht knapp 43 Milliarden Mark aus, die Leistungen im Rahmen des beamtetenrechtlichen Versorgungssystems, einschließlich Pensionen - als Vergleichsmaßstab - betragen 72 Milliarden Mark. Ein weiterer Posten: Die Leistungen für Ehe und Familie, die der Bundeskanzler gern hervorhebt, sind gemessen am Bruttosozialprodukt von 4,7 von Hundert (1981) auf 3,9 von Hundert 1994 gesunken.

Es sieht so aus: Helmut Kohl kann nicht mehr begreifen, daß das Sozialbudget kein Billionen-Mißverständnis ist.

(-/12. Oktober 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Streich/ner Umwelt
mit wertvoller Energie für
Recycling-Paper



Wahlkampf darf die Klimafrage nicht verdrängen

Zunehmende Wetterextreme können nicht verhindert, sondern nur abgemildert werden

Von Horst Kubalschka MdB

Die von den Menschen verursachten Klimaänderungen gehören zu den größten Bedrohungen der näheren Zukunft. Die Folgen gehen weit über die Zerstörung der Natur hinaus, denn die Klimakatastrophe wird zu gewaltigen Armutswanderungen, Hungerkatastrophen und globalen Vertreibungskonflikten führen. Zu den Hauptverursachern globaler Klimaänderungen zählen die verschwenderische Nutzung fossiler Brennstoffe, die Zerstörung der Wälder und Böden sowie die Freisetzung chemisch hergestellter Gase.

Doch trotz der gewaltigen Gefahren wird zwei Jahre nach dem Erdgipfel über Umwelt und Entwicklung weltweit und besonders in Deutschland kaum noch über diese Menschheitsherausforderung geredet. Im Gegenteil - die Klimagefahren werden weitgehend verdrängt und tabuisiert. Deshalb ist es gut, daß in den letzten Wochen die Klimadebatte wieder aufgeflammt ist. Niemand will nachträglich einen schönen Sommer vermiesen, aber die Zunahmen der Wetterextreme in allen Jahreszeiten sind bedrohliche Hinweise dafür, daß das Klimasystem außer Kontrolle gerät. Es ist nämlich nicht so, daß die Folgen menschenbedingter Eingriffe zu angenehmen "Mittelmeertemperaturen" in unseren Breiten führen. Vielmehr nehmen Wetterschwankungen und -anomalien zu. Von daher müssen die langfristigen Trends gesehen werden.

Ich weise auf die deutlichen Alarmsignale hin:

- o Die globale Durchschnittstemperatur hat sich beispielsweise zwischen 1860 und 1990 um 0,6 Grad erhöht. Diese Erwärmung über den Landflächen hat sich vor allem in den letzten 20 Jahren verstärkt, wobei in unseren Breiten insbesondere die Temperaturen in der Nacht und im Winter ansteigen.
- o Von 1949 bis 1990 hat die Wasserverdunstung in tropischen Breiten um etwa 16 Prozent, in unseren Breiten um etwa sechs Prozent zugenommen.
- o Zwischen 1966 und 1990 hat die mittlere Windgeschwindigkeit in unseren Breiten um neun Prozent zugenommen. Die relative Sturmhäufigkeit hat sich in dieser Zeit von 18 auf 26 Prozent im Bereich des Island-Tiefs erhöht.
- o Von größter Bedeutung ist insbesondere die zeitliche und räumliche Veränderung der Niederschlagsverteilung. In Südeuropa ist eine deutliche Verringerung der Regenmenge festzustellen. Die Schneebedeckung hat sich in Europa um rund zehn Prozent verringert. In den letzten 100 Jahren hat die Masse der Inlandgletscher in den Alpen um 50 Prozent abgenommen; Satellitenbeobachtungen belegen einen ähnlichen Trend für Grönland, Island und andere Erdbereiche.

Das Dramatische an diesen Trends liegt in dem Umstand, daß sie sich vor allem in den letzten 30 Jahren beschleunigt haben und ihre Auswirkungen erst mit einer Zeitverzögerung von 30 bis 40 Jahren deutlich werden. Dies liegt insbesondere an der Koppelung klimatischer Veränderungen an die langfristigen Umwälzungsprozesse in den Ozeanen. Anders ausgedrückt: Die

weitere Zunahme von Wetterextremen kann nach derzeitigen Erkenntnissen nur noch abgemildert, aber nicht mehr verhindert werden.

Vor diesem Hintergrund ist das zögerliche und folgenlose Gerede der Bundesregierung über Klimaschutz unverantwortlich. Wohl in keinem anderen Land sind die Kenntnisse über die Klimagefahren so groß wie in Deutschland. Um so eklatanter ist der Widerspruch in der Praxis. Eine Regierung, die sich als einzige den Luxus leistet, auf Straßen keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung zu wollen, versagt vor dieser Herausforderung. Deshalb ist es für mich wichtig, die Klimafrage auch im Wahlkampf nicht zum Tabuthema werden zu lassen.

(-/12. Oktober 1994/hgs/ks)

Kopper-Äußerungen ehrenrührig und böswillig
Offener Brief an das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG Hilmar Kopper

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Sehr geehrter Herr Kopper,

die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete am 6. Oktober 1994 unter der Überschrift "Wahlhilfe bei der Tagung von IWF und Weltbank in Madrid" über öffentlich geäußerte politische Meinungen führender deutscher Bankiers, unter anderem auch von Ihnen. Zitat: "Anstatt sich nach guter alter Bankierstradition aus politischen Debatten herauszuhalten, verfallen die Neutralen in Nadelstreifen plötzlich in Wahlkämpferpose und warnen vor instabilen politischen Verhältnissen in Deutschland. Mit Blick auf die Bundestagswahlen sagen die Führungskräfte der Großbanken sogar einen 'Schock' voraus, falls die jetzige Koalition abgewählt würde."

Sie, Herr Kopper, werden folgendermaßen zitiert: "Selbst der Vorstandssprecher der deutschen Bank, Kopper, schulmeister: 'Die SPD ist nicht das Problem. Ihre potentiellen Partner sind es' Kopper und sein Börsenchef Breuer warnen vor einer heftigen Börsenreaktion bei einem Wahlsieg einer linken Koalition, da bis jetzt alle noch mit einem Sieg Kohls rechneten.... Von 'Vertrauensverlust in die D-Mark und in den gleichen Kapitalmarkt' ist die Rede, falls grüne oder kommunistische Parteien in Bonn maßgeblichen Einfluß erhielten."

Da ich davon ausgehen muß, daß die Berichterstattung der FAZ im wesentlichen zutreffend ist, sehe ich mich leider veranlaßt, Ihnen diesen Brief zu schreiben und ihn auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ich sehe davon ab, die Tatsache zu bewerten, daß Sie und andere deutsche Banker und Finanzfachleute meinen, vor den Bundestagswahlen, öffentlich und im Ausland, Wahlhilfe zugunsten der derzeitigen regierenden Koalition leisten zu sollen; darüber mögen andere urteilen.

Ich werde es auch unterlassen, die Tatsache zu kommentieren, daß Sie und Ihre Kollegen vor der möglichen Führung einer neuen Bundesregierung durch die demokratische Volkspartei SPD meinen warnen zu müssen, weil dann angeblich "wilde Finanzmärkte" und "schlagartige Kapitalflucht" drohen. Wie seriös diese "Argumente" sind und in welcher politischen Tradition sie stehen, wird der die FAZ lesende kluge Kopf ohnehin wissen.

Ich verwehre mich aber nachdrücklich dagegen, daß Sie mit Attributen wie "Wahlsieg einer linken Koalition", oder mit der Warnung vor maßgeblichem Einfluß von "grünen oder kommunistischen Parteien" den Eindruck zu erwecken suchen, eine SPD-geführte Bundesregierung würde sich in irgendeiner Weise auf Zusammenarbeit mit der PDS stützen.

Weil die SPD-Partei- und Fraktionsführung eine wie immer geartete Zusammenarbeit mit der PDS in Bonn mehrfach und kategorisch ausgeschlossen hat; weil überdies jedermann, der die politische Situation in Bonn kennt, zu erkennen vermag, daß die SPD-Bundestagsfraktion einen Kanzler, der in Bonn ein Minderheiten-Kabinett bilden will und/oder auf Stimmen oder Zusammenarbeit der PDS angewiesen ist, definitiv nicht zur erforderlichen Mehrheit verhelfen würde, sind Ihre Äußerungen nicht nur absichtsvoll unwahr, sondern für Rudolf Scharping, die Mitglieder des SPD-Präsidiums der SPD und für mich als Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion ehrenrührig und - zumal wenn sie im Ausland gemacht werden - böswillig. Ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, Herr Kopper, schließt das Recht auf böswillige Verleumdung demokratischer Politiker und demokratischer Parteien nicht ein.

Davon abgesehen, sind Sie sich offenbar nicht darüber im Klaren, daß Ihre politische Agitation genau die politischen Kräfte stark macht, die sie vorgibt, schwächen oder verhindern zu wollen. Wer heute in Deutschland die "kommunistische Bedrohung" oder den "Schock einer linken Koalition" mit der PDS an die Wand malt, der fordert die Wählerinnen und Wähler im Osten Deutschlands, die von der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung enttäuscht oder jedenfalls mit ihr unzufrieden sind, geradezu auf, PDS zu wählen. Wer nicht sehen will, daß die pausenlose Diffamierung der PDS und ihrer Wähler als kommunistische Bedrohung oder linke Gefahr das Wähler-Reservoir der PDS im Osten Deutschlands immer größer macht, der kennt sich nicht aus in der politischen Stimmungslage in den sogenannten neuen Ländern. Oder aber: Da jeder Stimmenzuwachs für die PDS erkennbar allein der SPD im Osten schadet, wird das Pöppeln der PDS als taktisches Mittel genutzt, um die SPD möglichst klein zu halten. Bedauerlicherweise verdichten sich die Indizien, daß weniger politische Ahnungslosigkeit als vielmehr bewußte und perfide politische Taktik gegen die SPD der Grund für die anhaltende Gespensterkampagne mit der PDS ist.

Wenn der Vorstandssprecher der Deutschen Bank sein - nun öffentlich gemachtes - Wahlziel am 16. Oktober abends erreicht haben sollte (was ich nicht hoffe), dann werden sich vielleicht wirklich die Akteure im deutschen Kapitalmarkt freuen; ich halte das für möglich. Daß der Rückfall in den Kalten Krieg der Politik, mit dem die demokratische Opposition in Deutschland, ob sie will oder nicht, in Kommunistennähe gerückt und mit dem Makel der Unberechenbarkeit versehen werden soll, auf Dauer zur Erholung des Wirtschafts- und Finanzstandortes Deutschland beitragen wird, daran habe ich meine Zweifel.

(-/12. Oktober 1994/hgs/ks)
